

EXPERT PAPER

Prof. Dr. Eckhard Jesse

Extremistische Züge bei Teilen der Klimaprotestbewegung

April 2023



E·I·C·T·P

Impressum

Das Europäische Institut für Terrorismusbekämpfung und Konfliktprävention (EICTP) ist ein weltweit tätiges Forschungsinstitut mit Sitz in Wien, Österreich. Als non-profit-Institution liegt der Schwerpunkt von EICTP auf Schlüsselthemen rund um sicherheitspolitische Fragen. Sie führt Projekte mit namhaften Partnern im In- und Ausland durch, unterhält enge Beziehungen zu hochrangigen Forschungsinstitutionen und einem Netzwerk prominenter Experten und Wissenschaftler, bietet profunde Aktionen, Konsultationen und Strategien zur Terrorismusbekämpfung, hybride Konflikte und De-Radikalisierungsmaßnahmen und zielt darauf ab, auf der Grundlage von Forschungs- und Expertenbewertungen für Entscheidungsträger politische Empfehlungen zu erarbeiten.

Adresse:

Europäisches Institut für Terrorismusbekämpfung und Konfliktprävention (EICTP)
Esslinggasse 17/5, 1010 Wien, Österreich
www.eictp.eu

Medieninhaber, Herausgeber, Redaktion und Hersteller: EICTP

Ort der Veröffentlichung: Esslinggasse 17/5, 1010 Wien

Lektorat und formale Bearbeitung: EICTP

Grafikdesign: Citypress GmbH

Print: Citypress GmbH

Haftungsausschluss: Die Inhalte dieser Veröffentlichung wurden mit größter Sorgfalt recherchiert und erstellt. EICTP übernimmt keine Garantie für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der erteilten Informationen. Weder EICTP noch andere an der Erstellung dieser Veröffentlichung beteiligte Parteien haften für Schäden jeglicher Art, die sich aus der Nutzung, Anwendung oder Verbreitung der bereitgestellten Informationen ergeben. Sollte diese Veröffentlichung Verweise auf andere Medien Dritter enthalten, auf die EICTP keinen Einfluss nehmen kann, so wird keinerlei Haftung für solche Inhalte übernommen. Für die Richtigkeit der Inhalte der bereitgestellten Informationen ist der jeweilige Medieninhaber verantwortlich. Der Inhalt dieses Berichts spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Position des EICTP wider.

Copyright: Alle in diesem zusammenfassenden Forschungsbericht veröffentlichten Inhalte sind urheberrechtlich geschützt. Ohne vorherige schriftliche Zustimmung von EICTP ist jegliche Art von Vervielfältigung, Verbreitung, Änderung oder Vervielfältigung nicht gestattet, sowohl gegen Bezahlung als auch kostenlos.

Inhalt

1	BESETZUNG VON LÜTZERATH	4
2	POLITSCHER MORALISMUS	5
3	BEWEGUNGEN	7
3.1	FRIDAYS FOR FUTURE	7
3.2	LETZTE GENERATION	8
3.3	EXTINCTION REBELLION	9
3.4	ENDE GELÄNDE	9
3.5	VERGLEICH	10
4	INSTRUMENTALISIERUNG DER KLIMA-PROTESTBEWEGUNG	11
5	RADIKALE EINSTELLUNGEN ZUR KLIMAPOLITIK BEI DER BEVÖLKERUNG	13
6	GUTE ZIELE, SCHLECHTE MITTEL?	15
7	TOPOI DER RADIKALEN KLIMABEWEGUNG	17
8	AUTOR	21

1 Besetzung von Lützerath

Auf der Pariser Klimakonferenz im Dezember 2015 verständigten sich 197 Staaten darauf, das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten. Die Erderwärmung dürfe nicht auf mehr als 1,5 Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit um 1850 steigen, müsse jedenfalls deutlich unter 2-Grad Celsius liegen – ansonsten komme es zu negativen Folgen (wie Hitzewellen, Überschwemmungen und schlechten Ernten). Der CO₂-Austoß sei massiv zu vermindern. Das Bundesverfassungsgericht hat am 24. März 2021 in einem wegweisenden Urteil, das das Klimapaket der Großen Koalition als nicht ausreichend ansah, die Notwendigkeit des Klimaschutzes mit dem 1,5-Grad-Gebot und dabei auch die Frage der Generationengerechtigkeit betont.¹ Besteht über dieses Klimaschutzziel weithin Konsens, gibt es Dissens darüber, wie die Reduktion der Treibhausgasemissionen zu erreichen ist.

Die deutsche Klima-Protestbewegung hat schon seit längerem für Aufsehen gesorgt, aber vor allem erst durch die Besetzung des Weilers Lützerath in Nordrhein-Westfalen, die anlässlich der gerichtlich als rechtens anerkannten Räumung durch die Polizei heftige Ausschreitungen der Protestler im Januar 2023 nach sich zog, trat einer größeren Öffentlichkeit das Gewaltpotential der Bewegung vor Augen. Nach einer zunächst friedlichen Demonstration griff der „schwarze Block“ die Einsatzkräfte an. Lützerath gedieh zu einem Symbol für die gesamte Klimaschutzbewegung. Die Bundesinnenministerin Nancy Faser hielt es für geboten, vor einer Radikalisierung der Klimaschutzbewegung zu warnen. Medien berichteten ausführlich über die Militanz. Die Bundesregierung und die nordrhein-westfälische Landesregierung hatten mit dem Energiekonzern RWE einen Kompromiss herbeigeführt: den Braunkohleabbau in Lützerath bis zum Jahr 2030 zu beenden. Doch eben das akzeptierte die radikale Klimaschutzbewegung nicht. Einem Aktionsbündnis, das dagegen aufbegehrte, gehörten Repräsentanten folgender Gruppierungen an: „Ende Gelände“, „Extinction Rebellion“, „Fridays for Future“. Ralf Fücks, früher Sprecher der Grünen und Senator in Bremen, spricht Klartext: „Der apokalyptische Duktus – Lützerath bleibt oder die Welt geht unter – wirkt auf viele befremdlich und ist in der Sache ja auch nicht haltbar. Wenn man Widerstand aufbaut, der für die Polizei möglichst schwer

¹ Vgl. BVerfGE 157, 30-177.

zu brechen sein soll, geht man das Risiko einer Eskalation ein. Umso wichtiger ist Klarheit in der Gewaltfrage. Hier führt jede Zweideutigkeit auf eine gefährliche Rutschbahn.“²

Die folgenden Überlegungen beziehen sich weithin auf Deutschland. Sie richten sich keineswegs, überflüssig zu betonen, gegen den Klimaschutz, wohl aber gegen ein apokalyptisches Verständnis davon. Nach Überlegungen zum politischen Moralismus, durch den die radikale Klimaschutzbewegung geprägt ist, folgt ein Überblick über die wichtigsten einschlägigen Gruppierungen, zwischen denen Vernetzungen bestehen. Es gibt ferner extremistische Kräfte, die den Klimaschutz für ihre Zwecke instrumentalisieren. Wer einen Überblick zur Stärke der radikalen Klimaschutzbewegung gewinnen will, muss eine Umfrage heranziehen, die Anspruch auf Repräsentativität anstrebt. Schließlich soll die folgende Frage beantwortet werden: Was hat es mit der verbreiteten Auffassung auf sich, die Ziele der Bewegung seien vernünftig, jedoch nicht die radikalen Mittel? Die Kernfrage des Beitrages soll lauten: Durch welche Topoi ist die radikale Klimaschutzbewegung gekennzeichnet?

2 Politischer Moralismus

Wer lediglich die Klima-Protestbewegung in den Blick nimmt, kann die gesamte Dimension des Geschehens nicht recht einordnen. Es ist nur vor dem Hintergrund des grassierenden politischen Moralismus zu verstehen.³ Dafür gibt es viele Beispiele, die für Furore sorgen. Man denke etwa an die Migrations- oder an die Coronapolitik.

Zur Migrationspolitik: Hier zeigt Deutschland eine Generosität, die zu immer mehr Zuwanderung führt. Die frühere Fraktionsvorsitzende der Grünen Katrin Göring-Eckardt bezeichnete im Bundestag die Deutschen als Weltmeister der Hilfsbereitschaft und der Menschenliebe. Diese Willkommenskultur förderte Abschottung anderswo. Was 2015/16

² Ralf Fücks im Gespräch mit Helene Bubrowski und Reiner Burger, „Verzweiflung kann in Militanz kippen“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 29. Januar 2023, S. 5.

³ Vgl. den von der Ludwig-Erhard-Stiftung herausgegebenen Text: Fritz Söllner/Rupert Pritzl, Der politische Moralismus in der deutschen Klima- und Energiepolitik, unter: <https://www.ludwig-erhard.de>, 22. April 2012 (eingesehen am 15. Februar 2023).

passiert ist, galt im Ausland weniger als noble Geste Deutschlands und trug im Inland zum Aufschwung des Rechtspopulismus bei. Wenn Deutschland jetzt die legale Migration erleichtern will, müsste es illegale strikt verhindern. Und die nunmehr forcierte Akzeptanz der doppelten Staatsbürgerschaft provoziert Loyalitätskonflikte.

Zur Coronapolitik: Der Staat will seine Bürger bei einer Pandemie vor Ansteckungen mit einem Virus schützen. Das ist prinzipiell richtig, da niemand andere anstecken darf, aber der Paternalismus vernachlässigt dabei die Selbstverantwortung des Einzelnen. Wer bestimmte Eingriffe, die mit Grundrechten wie der Versammlungsfreiheit kollidieren, nicht gutheißt, muss zuweilen den kaum behebbaren Vorwurf des „Coronaleugners“ hinnehmen – er befeuert böse Assoziationen zum „Holocaustleugner“. Gesundheitsminister Karl Lauterbach, der das gesundheitliche Wohl der Bürger in den Blick nimmt, rief mit seinem emotionalen Alarmismus im In- wie im Ausland Unverständnis hervor.

Was die Klimapolitik betrifft, strebt Deutschland offenbar eine Vorreiterrolle an. Wohl nirgendwo auf der Welt ruft Greta Thunberg, die Jean d'Arc der „Klimabewegten“, derart viel Bewunderung hervor wie hier. Bisweilen schlägt Idealismus in Irrationalismus um. Wohin Weltrettungsleidenschaft im Extrem führt, belegen die rabiatischen Aktionen der von apokalyptischen Horrorvisionen heimgesuchten „Letzten Generation“. Deren Repräsentanten sprechen vollmundig von Verantwortung und sind in ihrer überschießenden Gesinnungseifer wahrlich keine Verantwortungsethiker, weil sie die Folgen ihres aus Verzweiflung geborenen Handelns ignorieren. Wer die ganze Menschheit missionsbewusst retten will, vernachlässigt die Interessen der konkreten Menschen hier und jetzt.

Dieser politische Moralismus kultiviert ein Überlegenheitsgefühl, verzichtet auf rationale Analyse, gefällt sich in einer Erregungsattitüde, zielt auf moralische Herabsetzung des Kontrahenten. Das Mantra der Tugendhaftigkeit, wie eine Monstranz vor sich hergetragen, läuft auf Scheinmoral hinaus. Gute Gesinnung und gutes Gewissen allein führen weder zu Urteilskraft noch zu nachvollziehbarer Moral.

Es ist nicht einfach, grassierenden Moralismus, der zum Teil bei manchen Medien

vorherrscht, mit überzeugenden Argumenten zu entkräften. Der Appell an den mündigen Bürger kann wirken: „Nur wenn die Wähler eine offene und vorurteilsfreie Diskussion verlangen; nur wenn sie Wert auf verantwortungsvolle und kritische Vernunft und Urteilskraft legen; und nur wenn sie erkennen, dass es angesichts der komplexen gesellschaftlichen Ordnungszusammenhänge mehr um die Etablierung abstrakter Regeln als um die Herbeiführung konkreter Ergebnisse gehen muss: nur dann besteht die Aussicht, dass der politische Moralismus zurückgedrängt und in der Politik wieder ein angemessenes Verhältnis zwischen Gesinnung und Verantwortung, zwischen Moral und Vernunft, zwischen Idealismus und Realpolitik hergestellt wird.“⁴

3 Bewegungen

3.1 Fridays for Future

Diese schnell an öffentlicher Aufmerksamkeit gewonnene Bewegung geht auf die junge Schwedin Greta Thunberg zurück.⁵ Als 15-Jährige boykottierte sie den Unterricht und protestierte im August 2018 vor dem schwedischen Parlamentsgebäude mit einem Schild gegen die als unzureichend empfundene Klimapolitik des Landes. Ihr Hashtag „FridaysForFuture“ gab einer europa-, ja weltweiten Bewegung den Namen. Sie wird vor allem von der Schüler- und Studentenschaft getragen.

Die Massendemonstrationen in Deutschland, die 2020 und 2021 wegen der Corona-Pandemie zum Teil unterbrochen werden mussten, stießen auf große öffentliche Zustimmung, die Boykotts des Schulbesuchs am Freitag kaum auf Kritik. Appelliert wird an die Politik, den Kohleausstieg auf das Jahr 2030 vorzuziehen und für die Zukunft junger Menschen Sorge zu tragen. Luisa Neubauer und Carla Reemtsma sind dank ihrer Fernsehauftritte die bekanntesten Repräsentanten dieser in zahllosen Ortsgruppen organisierten Bewegung, die sich auf „die Wissenschaft“ beruft und zu Recht gemeinhin als Erfolgsgeschichte gilt. Ungeachtet aller

⁴ Ebd., S. 8.

⁵ Vgl. die folgende Studie mit stark sympathisierender Tendenz: Sebastian Haunss/Moritz Sommer (Hrsg), Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung, Bielefeld 2020.

Gemeinsamkeiten gibt es Differenzen. „Während die einen für die Organisation von Aktionen zivilen Ungehorsams über die Schulstreiks hinaus plädierten, warnten die anderen davor, dass disruptive Aktionen die gewonnene Sympathie in der Bevölkerung aufs Spiel setzen würden.“⁶

3.2 Letzte Generation

Wie dem Namen zu entnehmen ist, wohnt den Vorstellungen dieses erst 2021 ins Leben gerufenen Bündnisses ein Endzeitdenken inne. Es ist deutschen Ursprungs, wengleich mittlerweile Kooperationen mit Netzwerken außerhalb Deutschlands bestehen. So stammt ein „Klimamanifest“, betitelt „Letzte Generation“, von einem österreichischen Meteorologen, dem sich eine 16-Jährige dazugesellt.⁷

Die Aktionsformen der „Letzten Generation“ sind einerseits Blockaden, etwa durch das Festkleben auf dem Boden, von Straßen und Rollfeldern, andererseits das Bewerfen von glasgeschützten Bildern in Museen. Auch die Besetzung von Universitätsräumen ist vorgekommen. Damit soll Aufmerksamkeit auf die Dringlichkeit ihres Anliegens gelegt und die Politik zum Handeln aufgefordert werden, um die Katastrophe „5 vor 12“ zu verhindern. Die Aktionen werden genau geplant, z.B. durch vorheriges Training. Bei Vorträgen wollen die Repräsentanten der „Letzten Generation“ mittels Fragebögen herausfinden, wer von den Sympathisanten bereit ist, einige Wochen Gefängnisarrest in Kauf zu nehmen. Die „Letzte Generation“ hat die wirtschaftsfreundliche FDP zum Feind auserkoren.⁸

⁶ Simon Teune, Schulstreik. Geschichte einer Aktionsform in der Debatte über zivilen Ungehorsam, in: Ebenda, S. 142.

⁷ Vgl. Marcus Wadsak/Paula Dorten, Letzte Generation. Das Klimamanifest, Wien 2022. Trotz des Titels ist die Schrift nicht unmittelbar dem Bündnis der „Letzten Generation“ zuzurechnen.

⁸ Vgl. Friederike Haupt, Feindbild Nummer eins. Die „Letzte Generation“ arbeitet sich an der FDP ab, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. März 2023, S. 8.

3.3 Extinction Rebellion

Die in Großbritannien 2018 entstandene Bewegung mit der Abkürzung XR setzt sich die „Rebellion gegen das Aussterben“ – auch hier ist der Titel Programm – zum Ziel und wartet mit Blockaden auf.⁹ Mittlerweile sorgt sie in vielen Ländern für Aktionen, die den legalen Rahmen häufig sprengen. Sie wendet sich ganz allgemein gegen das Artensterben (von Tieren wie Pflanzen). Ihr antikapitalistischer Systemwechsel soll ein Aussterben der Menschheit verhindern.

Auch in Deutschland kamen noch im selben Jahr Gruppen dieser Bewegung auf. Die als bevorstehend betrachtete Klimakatastrophe gilt als die Ursache für spektakuläre Besetzungen. Ein „dogmatisches Wissenschaftsverständnis“¹⁰, das nur eine Konsequenz zulässt, ist für „Extinction Rebellion“ charakteristisch. Die Ausrufung eines Klimanotstandes sei ebenso unerlässlich wie die Senkung der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2025 auf null. Wohl die bekannteste Aktion war das Anketten von ca. 30 Personen mit schweren Fahrradschlössern an einen Zaun vor dem Bundeskanzleramt. Da die Schlüssel an die Ministerien geschickt worden waren, setzte die Polizei die Angeketteten mit Bolzenschneidern frei. Im Vergleich zu den anderen Bewegungen ist der Einfluss von „Extinction Rebellion“, jedenfalls in Deutschland, wohl geringer einzuschätzen.

3.4 Ende Gelände

Die Bewegung ist seit etwa 2015 aktiv.¹¹ Über den Ursprung des Namens gibt es keine verlässlichen Informationen – die Assoziation zu „Schicht im Schacht“ liegt nahe. „Im konkreten Fall war die Botschaft, dass die Kohlebagger bei der Zerstörung des Geländes gestoppt und die ökologische Belastung der Erde durch die fossile Industrie beendet werden sollen.“¹² Die

⁹ Vgl. zum Selbstverständnis: Kamala Kaufmann/Annemarie Botzki/Michael Timmermann (Hrsg.), Wann wenn nicht wir*. Ein extinction rebellion Handbuch, Frankfurt a. M. 2019.

¹⁰ Hendrik Hansen/Thomas Arning, Entgrenzung des Extremismus in der Klimaschutzbewegung. Eine Fallstudie am Beispiel von „Extinction Rebellion“, in: Hendrik Hansen/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2019/20 (I), Brühl 2021, S. 396.

¹¹ Zum Selbstverständnis vgl. Ende Gelände (Hrsg.), We shut shit down, Hamburg 2022.

¹² Hendrik Sander, Ende Gelände: Anti-Kohle-Proteste in Deutschland, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 30 (2017), H. 1, S. 30.

Aktionen fanden in Medien schnell große Aufmerksamkeit. Im Vordergrund steht der Kampf um den Kohleausstieg hier und jetzt sowie der Kampf gegen den fossilen Brennstoff Gas. Die Absage an den Kapitalismus ist ein zentrales Anliegen der Gruppierung, die auch in anderen Ländern agiert und agitiert.

In diesem Bündnis, dem viele lokale Gruppen zuzurechnen sind, spielen linksextremistische Kräfte, die „dem“ Kapitalismus den Kampf angesagt haben, zunehmend eine dominierende Rolle – und zwar vor allem durch Repräsentanten aus den Reihen der Interventionistischen Linken. So führt der Verfassungsschutzbericht des Bundes eigens das Bündnis „Ende Gelände“ auf¹³, das immer wieder durch Gewalttätigkeiten von sich reden macht und auf eine Internationalisierung der Proteste zielt. Massenblockaden und Sabotageaktionen sollen den Bau von Flüssiggasterminals verhindern.

3.5 Vergleich

Auch wenn die genannten Klimaschutzbewegungen, die in sich selbst teilweise heterogen sind, oft zusammenarbeiten (so hält Greta Thunberg, ihre Ikone, nicht nur bei „Fridays for Future“ Reden), fallen Unterschiede zwischen ihnen auf. Das Prädikat der im Vergleich gemäßigten Kraft gebührt „Fridays for Future“¹⁴, das der radikalsten „Ende Gelände“ nicht zuletzt wegen der engen Verflechtung mit der Interventionistischen Linken. „Extinction Rebellion“ und „Letzte Generation“ setzen andere Schwerpunkte. Das ist der Hauptunterschied, weniger die Radikalität des Vorgehens, wobei die Aktionsformen der „Letzten Generation“ die größten Vorbehalte bei der Bevölkerung auslösen, denn diese wird etwa durch Straßenblockaden nachhaltig davon betroffen. Cum grano salis gilt: Sind die Aktionen der „letzten Generation“ radikaler, dürfte es bei „Extinction Rebellion“ die Sichtweise mit ihren Weltuntergangsszenarien sein.

Die Differenzen kommen in der Öffentlichkeit wenig zum Tragen, scheuen sich die jeweiligen Gruppierungen doch, Konflikte zur Sprache zu bringen, sei es deshalb, weil die Bewegungen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen wollen, sei es aufgrund prinzipieller Gemeinsamkeiten. Das Aktionsbündnis „Lützerath unräumbar“ etwa wurde gleichermaßen

¹³ Vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2021, Berlin 2022, S. 143-146.

¹⁴ Aber selbst bei ihr ist die Plattform „Chance für Future“ strikt antikapitalistisch ausgerichtet.

getragen von „Ende Gelände“, „Extinction Rebellion“ und „Fridays for Future“. Selbst die Interventionistische Linke gehörte eigens dazu.

4 Instrumentalisierung der Klima-Protestbewegung

Da radikale Klima-Protestler den Nerv der Zeit treffen, versuchen extremistische Kräfte sich dies zunutze zu machen. Sie instrumentalisieren damit dieses Thema, obwohl es ihnen keineswegs ein Herzensanliegen ist. Der Grund liegt auf der Hand: Auf diese Weise können sie ihre Isolation jedenfalls zum Teil überwinden.

Die 2005 gegründete Interventionistische Linke, die in der Klima-Bewegung mitmischt, ist im Kern extremistisch ausgerichtet.¹⁵ Die postautonome Kraft macht sich die Parole „System change, not climate change“ zu eigen.¹⁶ Zunächst war sie bei den Protesten gegen den G8-Gipfel 2007 an führender Stelle beteiligt, ehe das Thema des Klimaschutzes in den Vordergrund rückte. Die Gruppierung hatte 2014 ein programmatisches „Zwischenpapier“ mit striktem Antikapitalismus verfasst: „Wir wollen eine radikale Linke, die auf den revolutionären Bruch mit dem nationalen und dem globalen Kapitalismus, mit der Macht des bürgerlichen Staates und allen Formen von Unterdrückung, Entrechtung und Diskriminierung orientiert.“¹⁷ Nur an einer Stelle war beiläufig vom Klimawandel die Rede – der „strukturelle Wachstumszwang“¹⁸ im Kapitalismus führe dazu. „Dieses seinerzeitige Desinteresse für das Klimathema veranschaulicht, dass die ‚IL‘ nach Instrumentalisierungspotenzialen für ihr strategisches Vorgehen gesucht hat. So kann auch, je nach Gegebenheiten, von einem ‚Themen-Hopping‘ gesprochen werden, wenn der konkrete Anlass des Engagements nach gesellschaftlicher

¹⁵ Vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat (Anm. 13), S.165 f.; Philipp Curle, Interventionistische Linke: Motor der Protest-Radikalisierung?, in: Uwe Backes u.a. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 32, Baden-Baden 2020, S. 157-166; Frank Johannsen, Bündnispolitik von Postautonomen in sozialen Protestbewegungen. Eine Fallstudie zur „Interventionistischen Linken“ (IL) in Heiligendamm und Hamburg im Vergleich, in: Hendrik Hansen/Armin Pfahl-Traughber (Anm. 10), S. 322-354.

¹⁶ Vgl. Ende Gelände (Anm. 11), insbes. S. 139-149.

¹⁷ Interventionistische Linke, IL im Aufbruch – ein Zwischenstandspapier, 29. Oktober 2014, unter: interventionistische-linke.org/ S. 4 (eingesehen am 17. Februar 2023).

¹⁸ Ebd., S. 9

Relevanz gewechselt wird.“¹⁹ Für die Interventionistische Linke ist damit „der Klimaschutz nur Mittel zum Zweck“.²⁰

Die Tragweite und die Popularität des Themas „Klimawandel“ erklären das Mitmachen bei „Ende Gelände“ an vorderster Front durch die Interventionistische Linke, einer postautonomen Kraft. Die Absicht ist es, in einem wichtigen Bereich Gehör zu finden und Einfluss auszuüben. Wenn sich linksextremistische Kleinparteien wie die Deutsche Kommunistische Partei, die Marxistisch-Leninistische Partei oder die Sozialistische Gleichheitspartei an den Klima-Protesten beteiligen, ist erst recht der instrumentelle Charakter eines solchen Engagements erkennbar. Sie gehören damit nicht zu den originären Kräften der Klimaschutzbewegung, ungeachtet ihrer Teilnahme an bestimmten Aktionen.

Linksextremistische Gruppierungen wollen mit Hilfe des Themas Klimaschutz „an den demokratischen Protest anschlussfähig [...] werden, um ihn für ihre systemüberwindenden Ziele zu instrumentalisieren.“²¹ Allerdings macht es sich zu einfach, wer bei der radikalen Klimaschutzbewegung zwischen demokratischem und linksextremistischem Protest strikt unterscheidet. Selbst bei den genuinen „Klimaaktivisten“, wie sie sich nennen, spielen extremistische Positionen eine Rolle. Das hat Konsequenzen: „Gemeinsame Proteste von Klimaschutz- und Friedensbewegung wie die gegen die Münchener Sicherheitskonferenz vom Februar 2020 zeigen, dass es sich bei diesen Versuchen nicht nur um bloße Theorie handelt.“²² Wie dieses Beispiel erhellt, sind die Grenzen fließend.

Und ist der von der Interventionistischen Linken geprägte Slogan „Systemwandel statt Klimawandel“ „kein Ausweis mehr für eine explizit extremistische Gesinnung“, weil er „mittlerweile zu einem geflügelten Wort innerhalb der Klimaschutzbewegung“²³ wurde? Sollte

¹⁹ So Armin Pfahl-Traughber, Linksextremistische Einflussnahme auf die Klima-Bewegung. Ein Fallbeispiel für die Instrumentalisierung einer Protestbewegung, 18. August 2021, unter: <https://www.bpb.de/themen/linksextremismus/> (eingesehen am 27. Februar 2023).

²⁰ Udo Baron, Die Klimaschutzbewegung und der Linksextremismus – Eine Analyse von Akteuren und Objekten linksextremistischer Beeinflussungsversuche, in: Hendrik Hansen/Armin Pfahl-Traughber (Anm. 10), S. 311.

²¹ Ebd., S. 319.

²² Ebd., S. 319 f.

²³ So ebd., S. 315, FN 49.

nicht eher von einer Entgrenzung zwischen extremistischem und demokratischem Klimaprotest die Rede sein? Oder lässt sich gar davon sprechen, der Radikalismus habe an Boden gewonnen? Allerdings, und das mag die Kehrseite sein: Extremistische Positionen müssen sich mäßigen, wollen sie Anklang finden.

5 Radikale Einstellungen zur Klimapolitik bei der Bevölkerung

Über das Ausmaß radikaler Einstellungen zur Klimapolitik in der Bevölkerung gehen die Meinungen weit auseinander. Hier springt folgende Paradoxie ins Auge: Sowohl deren Anhänger als auch deren heftigste Widerstreiter neigen dazu, das Ausmaß zu überschätzen. Die einen wollen damit die Stärke der eigenen Richtung zwecks Mobilisierung weiterer Anhänger; die anderen hingegen neigen zur Überschätzung der Gefahren, weil ihnen daran gelegen ist, dass die „Klimabewegten“ in die Defensive geraten. Insofern sind empirische Befunde für eine angemessene Einordnung des Phänomens wichtig. Eine jüngst veröffentlichte repräsentative Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung, ergänzt durch 90 leitfadengestützte Interviews, bringt Licht in das Dunkel.²⁴

Der Aussage, im Kampf für den Klimaschutz reichen friedliche Mittel nicht aus, stimmten sieben Prozent der Befragten „voll und ganz zu“, zwölf Prozent „eher zu“. Wer radikale Mittel beim Klimaschutz bejaht, lässt insgesamt eine etwas höhere Gewaltbereitschaft bei der Durchsetzung politischer Ziele erkennen – mit Blick auf Gewalt gegen Sachen wie mit Blick auf Gewalt gegen Personen. Allerdings überwiegt auch in dieser Gruppe klar die Ablehnung von Gewalt. Selbst bei Personen mit radikalen Einstellungen zum Klimaschutz – das mag überraschend sein – ist kein Vertrauensdefizit gegenüber staatlichen Maßnahmen erkennbar, und die Ablehnung von Kompromissen fällt nicht stark überdurchschnittlich aus. Während dieser Befund eher erstaunen muss, liegt der Sachverhalt, dass Personen mit Affinität zu radikalen Positionen in puncto Klimaschutz sehr große Angst vor dem Klimawandel haben,

²⁴ Vgl. Dominik Hirndorf, Radikal fürs Klima? Repräsentative Umfrage zur Verbreitung von radikalen Einstellungen zum Thema Klimaschutz in der deutschen Bevölkerung, Berlin 2023.

auf der Hand: Sind es im Durchschnitt 21 Prozent, beträgt der Anteil bei den Personen mit einer radikalen Einstellung 35 Prozent.

Die Studie liefert nützliches Datenmaterial, das eine erste Einschätzung zur Stärke der Personen mit radikalen Einschätzungen ermöglicht. Eine Schwäche besteht darin, dass sie sich fast ausschließlich auf die Gewaltfrage konzentriert. Die Radikalität hängt schließlich nicht nur von der Zustimmung zu Gewaltbereitschaft ab, sondern auch von apokalyptischen Denkmustern. „Die Studienergebnisse zeigen, dass radikale Einstellungen beim Klimaschutz und eine erhöhte Gewaltbereitschaft, insbesondere gegen Sachgegenstände, zusammenhängen.“²⁵ Das mag zutreffen, aber belegt ist dies durch die Umfrage nicht zwingend. Denn derartige Einstellungen wurden gar nicht abgefragt. Zudem ist diskussionswürdig, wieso nur sieben Prozent als radikal gelten. Kann es nicht sein, dass sich unter den zwölf Prozent, die der Aussage „eher zustimmen“, im Kampf für den Klimaschutz reichten friedliche Mittel keineswegs aus, ebenfalls Personen mit radikaler Einstellung befinden?

„Sollte sich die erhöhte Gewaltakzeptanz in gewaltsamen Protestformen manifestieren, dürfte das dem Ziel der Klimabewegung(en) eher schädlich sein.“²⁶ Bei dieser These muss differenziert werden: Für gemäßigte Klimabewegungen trifft der Sachverhalt zu, für radikale jedoch keineswegs. Deren Anhänger glauben nämlich, dass sie gerade durch Formen des „zivilen Widerstandes“, wie es euphemistisch heißt, mehr Aufmerksamkeit für ihre Anliegen generieren können. Es kommt in der Diskussion der folgende Befund viel zu kurz: Unter dem Rubrum „Klimabewegung“ versammelt sich eine Reihe höchst heterogener Kräfte.

²⁵ Ebd., S. 8.

²⁶ Ebd., S. 11.

6 Gute Ziele, schlechte Mittel?

Oft heißt es, die radikale Klimabewegung sei wegen der Methoden abzulehnen, nicht aber wegen ihrer Ziele. Diese Position fällt vordergründig aus, wird doch zu wenig nach den Zielen gefragt. Denn Klimaschutz ist nicht gleich Klimaschutz. Darunter ist höchst Unterschiedliches zu verstehen. An zwei Exempeln sei dies verdeutlicht.

Erstes Beispiel: So macht sich die „Letzte Generation“ für die Etablierung eines Gesellschaftsrates stark. „Genau wie wir alle, ist auch die jetzige Regierung Teil der letzten Generation vor den Kippunkten. Wir sind alle die verdammte letzte Generation vor den Kippunkten. Aber auch die Generation, die noch die Chance hat, aus der Zerstörung auszusteigen. Mit einem Plan, der von Bürger:innen entwickelt, von der Gesellschaft getragen und von der Politik verwirklicht wird.“²⁷ Dieser Gesellschaftsrat setze sich aus nach dem Zufallsprinzip gelosten Personen zusammen – unter Berücksichtigung von Alter, Geschlecht, Bildungsniveau, Migrationshintergrund. Die Aufgabe des Gesellschaftsvertrages ist vorgegeben: „Wie beendet Deutschland bis 2030 die Nutzung fossiler Rohstoffe?“²⁸ Wer zum Gesellschaftsrat gehört, wird mit Informationen versorgt. Besteht nicht die Gefahr der Manipulation und der Emotionalisierung, bei folgendem Vorgehen? „Die Entwicklung der konkreten Maßnahmen findet in professionell moderierten Kleingruppen statt, der Prozess wird medial begleitet und das ganze Land fiebert mit, was der Rat bespricht.“²⁹

Nun gab und gibt es bereits Bürgerräte, sogar schon zum Thema Klima. Anders als den herkömmlichen Bürgerräten soll dem Gesellschaftsrat keine bloß empfehlende Funktion zukommen, müsse doch die Regierung die im Gesellschaftsrat erarbeiteten Vorhaben umsetzen. Auf diese Weise würde die repräsentative Demokratie ausgehebelt. „Klimaaktivisten verweisen regelmäßig auf die klimatischen Kippunkte, die nicht nur rasches Handeln, sondern auch Umsicht erforderlich machen. Kippunkte jedoch gibt es nicht nur im Klima, sondern auch in der Politik. Die Selbstentmachtung gewählter Parlamente jedenfalls wäre mit Kippunkt noch

²⁷ Letzte Generation, Eine Notfallsitzung, um die Wende einzuleiten, unter: <https://letztegeneration.de/gesellschaftsrat/>, S. 1 (eingesehen am 15. Februar 2023).

²⁸ Ebd., S. 2.

²⁹ Ebd., S. 2.

euphemistisch beschrieben.“³⁰ Das Ergebnis – Verzicht auf die Nutzung fossiler Rohstoffe bis 2030 – steht ja bereits vor dem Zustandekommen des Rates fest: Es geht nicht um das „Ob“, sondern nur um das „Wie“.

Zweites Beispiel: Wachstumskritik aus unterschiedlichen Richtungen ist verbreitet. In den Degrowth-Bewegungen versammeln sich höchst verschiedene Strömungen.³¹ So hängen manche dem Glauben an, ökologische Fährnisse ließen sich durch einen niedrigeren Lebensstandard beseitigen.

Tatsächlich schafft Wachstum Wohlstand und kann Klimaprobleme begrenzen. „Den“ Kapitalismus gibt es ohnehin nicht, denkt man etwa an skandinavische Länder, die USA oder die Volksrepublik China. Er muss einhergehen mit einer funktionierenden Demokratie, die auf Nachhaltigkeit setzt. Die antikapitalistische Sichtweise, die fast alle radikalen Klimabewegungen eint, ist einer der größten Schwachpunkte in der Argumentation, denn die Wirklichkeit in den sozialistischen Staaten der Vergangenheit und der Gegenwart sprach und spricht Bände.

Ralf Fücks bringt die Kritik an der radikalen Klimabewegung auf den Punkt. „Degrowth ist die neue Klimareligion, [...] eine Form von Realitätsflucht angesichts der realen Wachstumsdynamiken, mit denen wir im globalen Süden konfrontiert sind. Es geht nicht um den Rückbau der industriellen Moderne, sondern um den Sprung in eine postfossile Zukunft“³² – allerdings nicht überstürzt. Wer das privatwirtschaftliche System, das für Innovationen sorgt, dabei durch ein sozialistisches ablösen will, beschreitet einen Holzweg. Ein solches würde erst recht versagen beim Lösen ökologischer Defizite. Ein Schrumpfen der Wirtschaft beseitigt nicht die Probleme, sondern schafft neue. „Wenn unser Sozialprodukt drastisch schrumpfen soll, hat das ja Konsequenzen für alles: Investitionen, Löhne, soziale Leistungen, Rente, das Bildungssystem. Degrowth untergräbt die Demokratie, ohne das Klima zu retten.“³³ Eine Art „Ökodiktatur“ rangiert außerhalb jeder vernünftigen Diskussion.

³⁰ Michael Bröning, *Betreutes Denken: Weshalb die Letzte Generation die offene Debatte verhindert*, in: *Neue Zürcher Zeitung* v. 8. Februar 2023.

³¹ Vgl. etwa Dennis Eversberg/Matthias Schmelzer, *Revolution predigen, Karottensaft trinken? Zum Zusammenhang von Strömungen, Lebensstilen und Aktivismus im Degrowth-Spektrum*, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 31 (2018), H. 4, S. 26-26.

³² Ralf Fücks (Anm. 2), S. 5.

³³ Ebd., S. 5.

7 Topoi der radikalen Klimabewegung

Die radikalisierte Klimaprotestbewegung lässt problematische Züge erkennen. Das gilt zum einen für das ungeklärte Verhältnis zur Gewalt. Sie wird in der Theorie zwar abgelehnt, in der Praxis aber von militanten Kräften mitunter akzeptiert. Auch manchen derjenigen, die sich gewalttätigen Protestformen verschließen, fällt es schwer, sich von Gewaltrhetorik oder gar Gewaltanwendung zu distanzieren. Diese merkwürdige Form der Solidarität ist häufig erkennbar. Lützerath ist hier ein symptomatisches Beispiel.

Zum anderen, und dieser Punkt ist gravierender, lässt das Demokratieverständnis dieser radikalen Klimaschützer zu wünschen übrig. Der demokratische Verfassungsstaat basiert auf der Akzeptanz von Spielregeln, denen Folge zu leisten ist. Eingangs war schon vom politischen Moralismus die Rede. Eine Reihe weiterer fragwürdiger Punkte stehen in einem Spannungsverhältnis zu demokratischen Prinzipien.

Vier ideologische Positionen sind bei aller Heterogenität kennzeichnend für die radikale Klimabewegung: (1) eine eschatologische Sichtweise; (2) eine wissenschaftsgläubige Sichtweise; (3) eine das staatliche Gewaltmonopol ignorierende Sichtweise; (4) eine manichäische Sichtweise. Die Unterschiede zwischen den genannten Bewegungen fallen in diesen Punkten eher marginal aus.

- (1) Endzeitdenken ist verbreitet. Apokalyptische Visionen beherrschen die Klimaprotestszene, am stärksten wohl bei „Extinction Rebellion“.³⁴ Die Angst vor dem Untergang der Menschheit, der behauptet, aber nicht belegt wird, prägt die Haltung der Demonstranten. „Wenn man die Klimafrage so intoniert, dass wir nur noch wenige Jahre haben, um den Untergang der Menschheit zu verhindern, hat das eine immanente Tendenz zur Radikalisierung. Wenn es um das Überleben der Gattung geht, dann scheint fast jeder Widerstand legitim.“³⁵ Auf der Homepage der „Letzen Generation“ heißt es: „Wir haben noch zwei bis drei Jahre, in denen wir

³⁴ Vgl. Alexander-Kenneth Nagel, Corona und andere Weltuntergänge. Apokalyptische Krisenhermeneutik in der modernen Gesellschaft, Bielefeld 2021, insbes. S. 96-105.

³⁵ Ralf Fücks (Anm. 2), S. 5.

den fossilen Weg der Vernichtung noch verlassen können.“³⁶ Hier kommen seltsame religiöse Elemente ins Spiel. Eine derartige Perspektive bietet ein Rechtfertigungspotential für Handlungsweisen, die rechtstaatliche Prinzipien ignorieren.

- (2) Der radikale Teil der Klimaprotestbewegung, geprägt von Fundamentalkritik gegenüber etablierten Kräften, denkt in den Kategorien von gut und schlecht, richtig und falsch. Freund-Feind-Bilder schimmern in den Zeugnissen des Öfteren durch. Der letzte Satz im bereits erwähnten ersten Punkt des Wertekonsenses der „Letzten Generation“ lautet: „Wir sagen die Wahrheit.“³⁷ Wer mit dieser Anmaßung aufwartet, unterstellt einer anderen Position indirekt, die Unwahrheit zu sagen. Vor allem: Kompromisse mit anderen Positionen sind dann schwer möglich. Eine derartige Aussage, die Einwände von vornherein nicht gelten lässt, immunisiert sich vor jeder Kritik und beansprucht ein Monopol auf die Deutung von Klimafragen.

- (3) In einem merkwürdigen Gegensatz zu der eschatologischen Perspektive steht der Glaube an „die“ Wissenschaft. Das Motto von Greta Thunberg, „der“ Protagonistin der Klimabewegung, setzt dort weithin den Maßstab: „Follow the science“. Aber „die“ Wissenschaft gibt es angesichts unterschiedlicher Positionen nicht, selbst nicht in der Klimafrage.³⁸ Wer das konstatiert, redet keineswegs der Wissenschaftsfeindlichkeit das Wort, fordert freilich Skepsis gegenüber jeder Art der Erkenntnis, die sich absolut setzt. Wissenschaftspluralismus ist Kennzeichen einer offenen Gesellschaft, Wissenschaftsgläubigkeit liegt technokratisches Denken zugrunde. Wissenschaftler können Ratgeber sein, dürfen aber nicht über politische Ziele entscheiden. Wer sich ausschließlich an „der“ Wissenschaft orientiert, benötigt keine Politiker mehr. Gerade sie müssen die Verantwortung

³⁶ [letztegeneration.de](https://www.letztegeneration.de) (eingesehen am 27. Februar 2023).

³⁷ Ebd.

³⁸ Vgl. Peter Schneider, *Follow the science? Plädoyer gegen die wissenschaftsphilosophische Verdummung und für die wissenschaftliche Artenvielfalt*, Berlin 2020.

tragen. Stoßen ihre Maßnahmen nicht auf Zustimmung, besteht die Möglichkeit ihrer Abwahl.

- (4) Unter der Überschrift „Unsere Werte“ listet die „Letzte Generation“ auf ihrer Homepage sechs Punkte auf. Der erste lautet im ersten Satz: „GEWALTFREIHEIT – wir sind absolut gewaltfrei in unserem Verhalten und in unserer Sprache.“³⁹ Doch die Praxis sieht anders aus. Der „zivile Widerstand“, was immer sich darunter verstehen lässt, verachtet Legalität und favorisiert Legitimität. Wer eine höherrangige Legitimität präferiert, da der Zweck das Mittel heilige, fühlt sich nicht unbedingt an die Einhaltung der Gesetze gebunden. Dem Eigenwert demokratischer Regeln kommt ein hoher Rang zu – die Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols schützt die Bürger eines jeden Gemeinwesens. Wird dem Staat nicht zugetraut, die Klimakrise zu meistern, öffnet dies der Selbstermächtigung Tür und Tor. Vigilantismus könnte eine Folge sein.

Wie ist das folgende Verhalten von Greta Thunberg zu bewerten – als Zeichen selbstkritischer Reflexion oder als Indiz eines klammheimlichen Abrückens von einer früheren Position?

Am 21. Juni 2018 hatte sie folgende Sätze getwittert: „A top climate scientist is warning that climate change will wipe out all of humanity unless we stop using fossil fuels over the next five years.“⁴⁰ Doch fünf Jahre später löschte Thunberg den Tweet, weil sich diese Vorhersage offenkundig als irrig erwiesen hatte. Die Analogie zur Religion ist evident: Die christliche Theologie benennt das Ausbleiben der Wiederkunft von Jesus Christus als Parusieverzögerung. Die These von der Unvermeidlichkeit der Klimakatastrophe entzieht sich folglich mit dem Hinweis auf Parusieverzögerung der Widerlegung. Und was wird in „zwei bis drei Jahren“ auf der Website der Letzten Generation“ zu lesen sein?

Die Parallelen zur „Roten Armee Fraktion“ sind durchaus offenkundig, weil die terroristische Bewegung einst auch von Verzweiflung und einer Art Weltrettungsleidenschaft

³⁹ LetzteGeneration.de (eingesehen am 27. Februar 2023).

⁴⁰ Greta Thunberg, Twitter vom 21. Juni 2018.

angetrieben wurde. Die RAF mordete nicht um des Mordens willen, sondern war überzeugt von hehren Motiven. Und heute ruft selbst der radikale Teil der Klima-Protestbewegung keineswegs zu Gewalt gegen Personen auf, wie dies seinerzeit anfangs ebenso nicht der Fall war. Insofern machen es sich manche Kritiker, die den Vergleich mit dem Argument zurückweisen, dem Morden der RAF stehe der selbstlose Kampf für das Klima gegenüber, wohl etwas einfach. Bei diesem schiefen Vergleich steht die schnöde Praxis der hehren Theorie gegenüber. Allerdings, und das muss klar herausgestellt werden, fehlen mit Blick auf die radikale Klimabewegung Anzeichen für ein Abtauchen in den Untergrund.

Eine Vorhersage zur Fortentwicklung der radikalen Klimabewegung fällt schwer. Die Corona-Pandemie hat zunächst zu einer Stagnation geführt. Das lag an äußeren Rahmenbedingungen. Aber die Gelegenheitsstrukturen bestehen beim omnipräsenten Thema Klimawandel nach wie vor. Und die Angebotsstrukturen sind wahrlich nicht hinfällig geworden. „Klima“ mobilisiert! Offenkundig stößt die radikale Protestbewegung, die Angst hat und Angst macht, bei den meisten Menschen nicht auf Sympathie. Das muss jedoch nicht zu einem Relevanzverlust des Themas Klimawandel in der Öffentlichkeit führen. Es kann nämlich auch bedeuten, dass gerade durch die aufgeheizte Diskussion über die strittigen Mittel der radikalen Protestbewegung der Komplex stärker ins Bewusstsein gerät und gemäßigte Positionen Zulauf erfahren.

8 Autor

Prof. Dr. Eckhard Jesse wurde 1948 in Wurzen bei Leipzig geboren. Nach einer Verwaltungslehre und dem Abitur auf dem Zweiten Bildungsweg (Wolfsburg-Kolleg) studierte er an der Freien Universität Berlin zwischen 1971 und 1976 Politikwissenschaft und Geschichtswissenschaft. Der Diplom-Politologe lehrte in verschiedenen Funktionen (Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Hochschulassistent, Hochschuldozent) von 1978 bis 1990 an der Universität Trier (Promotion 1983 mit einer Arbeit über das Wahlrecht, Habilitation 1989 mit einer Arbeit über die streitbare Demokratie). Nach Lehrstuhlvertretungen an den Universitäten München, Trier, Mannheim und Potsdam hatte er 1993 den ersten Lehrstuhl im Fach Politikwissenschaft an der Technischen Universität Chemnitz inne (bis 2014). Von 2007 bis 2009 oblag ihm der Vorsitz der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft.